

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 7. Oktober 1885.

Nr. 466.

Deutschland.

Berlin, 6. Oktober. Die Kaiserin hat an das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Rothen Kreuz folgendes Dankschreiben gerichtet:

„Mein warmer Dank für die Zuschrift zu meinem Geburtsfest gilt nicht nur den mir ausgesprochenen Wünschen, sondern auch der im verflochtenen Lebensjahre mir bewiesenen Hingebung an das Werk, in dem ich die Lösung einer Aufgabe unserer Zeit erblicke. Wenn noch Vieles an der Erreichung dieses Zieles mangelt, so kann ich doch an das erinnern, was seit Jahresfrist diesem näher geführt hat. Es gebührt unsere Erkenntlichkeit vor Allem der Gnade des Kaisers, die der Sache des Rothen Kreuzes ehrenvolle Auszeichnung noch jüngst hat widerfahren lassen und durch die Gewährung erbetener Maßnahmen Vermehrung der finanziellen Mittel für die vorbereitende Friedensthätigkeit in Aussicht stellt. Diese hat durch zunehmende Bildung von freiwilligen Sanitätskolonnen einen anerkanntens ersten Aufschwung auf dem deutschen Vereinsgebiet genommen, auf dem sich patriotischer Wille hilfreich überall kundgibt.“

Zu beklagen dagegen hat das Zentralkomitee die durch den Staatsdienst erforderliche Niederlegung des Amtes seines verdienten Vorsitzenden, des Oberlandesgerichts-Präsidenten v. Holleben, dem unsere Wünsche folgen und unser dankbares Andenken gesichert bleibt. An allen diesen Vorgängen von Herzen theilhaftig, wird Meine ganze Theilnahme auch in der Zukunft der Thätigkeit des Zentralkomitees und seinen Bestrebungen zur Seite stehen.

Baden-Baden, den 2. Oktober 1885.

gez. August a.

Berlin, 6. Oktober. Das der altrussischen Partei angehörige Organ Kattow's, die „Mosk. Ztg.“, rückt mit seinen Gedanken über die jetzigen Zwischenfälle auf der Balkan-Halbinsel und deren Behandlung oder vielmehr Ausbeutung im rein russischen Interesse immer deutlicher hervor. Wohlverstanden stehen diese Gedanken im Widerspruch zu der amtlichen russischen Politik des Kaisers und des Herrn von Sieros, die bisher durchaus fortrefflich aufgetreten ist; trotzdem verdienen aber die Artikel des obigen Organs wegen des Einflusses der altrussischen Partei durchaus die Beachtung, die ihnen von den Telegrammen-Bureau durch ihre Verbreitung beigegeben wird. Sie zeigen, was weite Kreise in Russland wünschen, während die Politik Sieros den tatsächlichen Verhältnissen in Europa Rechnung trägt und den Maßstab dafür abgibt, was man augenblicklich ohne Störung des Friedens erreichen zu können meint.

Aus Kattow's Artikel ist zweierlei besonders zu entnehmen:

Die Abneigung gegen den Fürsten Alexander von Bulgarien und dessen Selbstständigkeits-Gelüste, die sich in seinem ohne Russlands Vorwissen und Erlaubnis unternommenen Eingreifen in Ostrumelien kundthun — und die Unzufriedenheit mit Serbien. Daneben steht dann die Fürsorge für die Bulgaren, vorausgesetzt, daß sie durchaus in russischer Abhängigkeit verbleiben wollen. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, meint Kattow, müsse Russland, wenn es zur Zeit nicht die ganze Orientfrage ausgeben wolle, für Wiederherstellung des früheren Zustandes, d. h. des Berliner Kongresswerkes, eintreten, die „Intrigue“ des Fürsten Alexander und seiner Gehäusen rückgängig machen, aber das „macedonische Bulgarien“ ebenso „sicherstellen“, wie es der Berliner Frieden mit dem ostrumelischen Bulgarien gethan habe. Die in dem einen Sache aufgestellte Forderung von der „Wiederherstellung des früheren Zustandes“ wird, wie man sieht, schon im folgenden Sache wieder durchbrochen und ein bisheriges türkisches Vilajet — denn das ist bis jetzt das macedonische Bulgarien — soll zur autonomen Provinz mit eigener Mittheilung und unter einem christlichen General-Gouverneur, wie Ostrumelien, gemacht werden. Denn, so wird in der „Mosk. Ztg.“ ausgeführt, ein neues Serbien zu schaffen durch Vereinigung Ostrumeliens mit Nordbulgarien unter dem eigenständigen, die russische Bevormundung ablehnenden Battenberger, dagegen den Rest des Bulgariens von San Stefano (eben das „macedonische Bulgarien“) unberücksichtigt in türkischen Händen zu lassen — das wäre das Letzte, wozu Russland

die Hand bieten dürfe. Es ist dabei zu bemerken, daß es ein macedonisches Bulgarien im strengen Sinne des Wortes gar nicht giebt. In Macedonien wohnen Serben, Bulgaren, Türken und Griechen, zum Theil auch schon Albanesen, gemischt, ohne daß auch nur in bestimmten Landschaften eines dieser Völker alle anderen an Zahl in erdrückender Weise überwiegt. Nur die Griechen sind mehr auf die Städte und besonders die Küstestädte beschränkt, stellen aber in hervorragender Weise das begüterte und gebildete, Handel und Gewerbe treibende Element der Bevölkerung Macedoniens dar. Allenfalls kann man von einigen nördlichen Gebieten Macedoniens, die an Serbien grenzen, behaupten, daß dort die serbische Bevölkerung die große Mehrzahl ausmacht. Kattow will also das Bulgarien des San Stefano-Friedens wiederherstellen, wenn auch vorläufig nur in der Form, daß Ostrumelien und Macedonien autonome türkische Provinzen und von dem Bulgarien des Fürsten Alexander getrennt sind; die Zeit und Gelegenheit, daß man die drei Stücke vereint zu einem Großbulgarien, aber selbstverständlich nicht unter Fürst Alexander, sondern unter einem russischen Geschöpf, wird sich seiner Ansicht nach offenbar später einmal finden. Bekanntlich ist im Berliner Vertrage die Erblichkeit der Battenberger Familie nicht festgesetzt. Es heißt vielmehr (Art. 3):

„Falls die kaiserliche Würde erledigt wird, wird die Wahl des neuen Fürsten unter denselben Bedingungen und Formen (freie Wahl durch die Bevölkerung, Zustimmung der Mächte, Bestätigung durch die hohe Pforte) vorgenommen“ (nämlich wie 1879 die Wahl des Battenbergers).

Diese Politik Kattow's bedeutet also, um es kurz zu sagen, Verminderung des eigentlichen türkischen Gebietes, Zurückdrängung des griechischen und serbischen Elementes, Stärkung des russischen Einflusses bis an das ägäische Meer und Abdrängung Oesterreichs von diesem Meere für eine etwaige Zukunft. Die sich im ganzen Artikel abspiegelnde Beforgnis Kattow's vor der Entstehung eines sich von Russlands Einfluß unabhängig machenden, auf eigenen Füßen stehenden Bulgariens, so wie der Haß gegen Serbien, das sich von Russlands Oberhoheit bereits thatsächlich befreit hat, weisen aber unseres Erachtens der Politik der Mächte und dem wohlverstandenen Interesse der kleinen Balkanstaaten sehr deutlich den Weg, welchen sie mit Vorsicht und unter aller Rücksichtnahme auf die offizielle russische Politik wie auf die Rechte der hohen Pforte zur Beilegung der jetzigen Wirren einzuschlagen haben.

Wie aus Sofia geschrieben wird, lautete die von dem Kaiser Alexander III. an die russischen Offiziere in bulgarischen Diensten ergangene Befehl dahin, sich in keiner Weise an der Mobilisirung des bulgarischen Heeres zu betheiligen. Dies hatte zur Folge, daß die russischen Offiziere in Truppenkörper, bezüglich deren die Mobilisirung angeordnet war, ihre Dienstförmigkeit gaben, die auch angenommen wurde, während einige andere, bei denen diese Voraussetzung nicht eintrat, in ihren Stellungen verblieben. Die ersterwähnte war in überwiegende Kategorie verhält sich vollständig passiv und hat die bulgarische Uniform abgelegt, während der angesprochene Rest die letztere noch trägt. Die Truppenbewegungen in Bulgarien dauern in großem Maßstabe fort. Ein bulgarisches Regiment erhielt Marschbefehl nach Widin. An Subalternoffizieren herrscht kein fühlbarer Mangel, ein um so größerer aber an geeigneten Persönlichkeiten für die höheren Chargen.

Wie telegraphisch aus Nisch gemeldet wird, hat die Schupskina in ihrer vorgestrigen Sitzung sämtliche ihr derzeit obliegenden Geschäfte erledigt. Nach Belesung einer städtischen Reihe von Begrüßungs-Telegrammen aus allen Theilen des Landes referirten hier verschiedene Berichterstatter des großen Ausschusses, dessen Präsident Pirotschanac ist, über die einzelnen Gesessesvorlagen, welche per Akklamation angenommen wurden. Es sind dies hauptsächlich Gesetze: betreffend den Abschluß einer Anleihe von 25 Millionen Francs, die Einführung des Tabakmonopols, die Bevacuation und Verproviantirung der Truppen, die Aenderung des Nationalbankgesetzes mit Rücksicht auf die Einführung von 10-Dinarnoten und die Errichtung von Agenten. Der radikale

Abgeordnete, Sima Milosevic, sprach Namens seiner Gesinnungs-Genossen der Regierung Vertrauen und Dank für ihr patriotisches Vorgehen, namentlich für den raschen Abschluß der Anleihe aus, worauf Berichterstatter Novakovic den Entwurf der an den König zu richtenden Adresse zur Verlesung brachte. Die Adresse wurde gleichfalls mit Akklamation votirt und dem Könige nachmittags von der gesamten Schupskina in corpore überreicht.

Der jetzt aus dem Amte scheidende Polizeipräsident v. Madai war der zwölfte Polizeipräsident Berlins. Er hat dieses Amt wohl am längsten (15 Jahre) bekleidet. Der erste Präsident in der Reihe war, der „B. Z.“ zufolge, ein Major a. D. v. Ebebeck, diesem folgte von Arnim, welcher nach kurzer Amtszeit zurücktrat, weil, wie man damals erzählte, gegen seinen Einspruch der an der Cholera (1831) verstorbenen Philosoph Hegel nicht auf dem für Choleraletchen errichteten Sonderbegräbnisplatz beerdigt worden war. Auf Arnim folgte Gerlach, welcher von hier als Präsident nach Köln versetzt und 1840 getadelt wurde. Nach Gerlach kam v. Puttkamer, welcher von hier als Präsident der Regierung in Frankfurt a. O., demnächst Direktor im Ministerium des Innern und schließlich Oberpräsident wurde. Dann kam die kurze Amtsführung von Minutolis, der 1848 zur Disposition gestellt, später als Ministerresident in Vervins starb. Ebenfalls nur kurze Zeit war v. Bardeleben, jetzt Oberpräsident der Rheinprovinz, Polizeipräsident. Ihm folgte v. Hindelsberg, welcher im März 1856 im Zweikampfe mit von Rochow Pleßow fiel. Der nächste Präsident war Frhr. v. Zedlitz, der im vorigen Jahre als Präsident der Regierung von Pommern seinen Abschied nahm. Nach Zedlitz kamen: v. Winter (jetzt Oberbürgermeister von Danzig), v. Bernuth, der im vorigen Jahre seinen Abschied als Präsident der Regierung in Köln genommen hat, v. Wurm, jetzt Regierungspräsident in Wiesbaden, und v. Madai.

Die tschechische Besetzung (Rasno) in Dux (Böhmen) ist, einem Telegramm aus Wien zufolge, durch die gestern bereits gemeldete Explosion arg zugerichtet. Das Dynamit wirkte verheerend und beschädigte angeblich auch die Nachbarhäuser. Die tschechischen Blätter schieben das Attentat den Deutschen zu, was jedoch völlig unerwiesen ist. Für nicht ganz unmöglich gilt es, daß die Tschechen selber das Attentat inszenirten, um die Königinhofer Ereignisse, welche die deutsche Opposition nächstens im Parlament zur Sprache bringen will, wettzumachen. Uebrigens ergab die in Dux sofort eingeleitete gerichtliche Untersuchung bisher kein Resultat bezüglich des Thäters. Die Explosion erfolgte vorgestern (4.) Morgens. Die tschechischen Abgeordneten sind erregt; sie begaben sich heute (5.) zum Grafen Taaffe. — Es ist ein trauriges Zeichen, wie weit die „Versöhnungspolitik“ bereits gebrochen ist, wenn solche Frevelthaten wahnwüthiger Anarchisten sofort in politisch-tendenzloser Weise ausgebeutet werden. Uns erscheint die Person, daß die Deutschen ein solches Attentat verübt haben könnten, ebenso wahnwüthig, wie die Unterschätzung, die Tschechen hätten das Verbrechen inszenirt, um Königinhof wettzumachen.

Die statistischen Daten über Erwerbung und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit können einen Maßstab für die Auswanderungsverhältnisse nicht abgeben, weil erfahrungsmäßig nur ein geringer Prozentsatz der Auswandernden die Entlassung und der Einwandernden die Aufnahme bezw. die Naturalisation nachsucht, wie beispielsweise im Jahre 1884 die Zahl der nach den Vereinigten Staaten entlassenen Personen 23,200, die der über deutsche Häfen und Antwerpen ausgewanderten dagegen 139,339 betrug. Ob die Maßnahmen, die in neuester Zeit gegen die Angehörigen anderer Staaten getroffen werden, diese Lage der Dinge wesentlich ändern werden, kann dahingestellt bleiben; auf die überseits Auswanderung werden sie jedenfalls ohne Einfluß bleiben, dagegen ist anzunehmen, daß der Austausch des Indigenats zwischen den europäischen Staaten lebhafter werden wird, als er in den letzten Jahren war. Wir entnehmen dem neuesten reichsstatistischen Monatsheft folgende Angaben:

Im Jahre 1884 sind 28,395 Personen aus

Deutschland nach dem Auslande entlassen, dagegen nur 3841 Angehörige außerdeutscher Staaten in Deutschland naturalisirt und 1253, welche die Reichsangehörigkeit verloren hatten, wieder aufgenommen. Von den Naturalisirten waren 1114 Personen aus Oesterreich-Ungarn, 780 aus den Niederlanden, 415 aus Frankreich, 334 aus den Vereinigten Staaten, 304 aus Russland und 295 aus Dänemark. Wiederaufgenommen wurden 674 Personen, die sich bisher in Russland, 168, die sich in Oesterreich-Ungarn und 131, die sich in Amerika aufgehalten hatten. Bei der Entlassung nach dem Auslande stehen obenan die Vereinigten Staaten von Amerika, wohin 23,200 Personen entlassen sind, dann folgen Frankreich mit 1294, die Niederlande mit 921, Oesterreich-Ungarn mit 893, die Schweiz mit 612, während nach Dänemark nur 129 und nach Russland 71 Personen entlassen sind. Unter den Wiederaufgenommenen und Naturalisirten befanden sich 2136 (41,9 Proz.) Evangelische, 2495 (49,0 Proz.) Katholiken, 355 (7,0 Proz.) Juden und 108 (2,1 Proz.) Angehörige anderer oder unbekannter Konfessionen u. s. w. Unter den nach dem Auslande Entlassenen waren 19,948 (70,3 Proz.) Evangelische, 7499 (26,4 Proz.) Katholiken, 788 (2,7 Proz.) Juden und 160 (0,6 Proz.) Anderergläubige.

Wie der „Pol. Korr.“ aus Kopenhagen berichtet wird, hat die russische Marineverwaltung kürzlich mit einer bekannten dänischen Schiffbau-Gesellschaft einen Kontrakt wegen Erbauung mehrerer schnellfahrender Panzerkreuzer abgeschlossen. Die erwähnte Gesellschaft hat sich verpflichtet, die Bestellung in kürzester Frist auszuführen und sind derselben seitens der russischen Marineverwaltung bedeutende Prämien für die Ablieferung vor dem stipulirten Termine — Frühjahr 1887 — in Aussicht gestellt worden.

Ueber die Abgeordnetenwahlen in Frankreich schreibt man:

Es wurde bereits als eine für die jüngste Wahlbewegung und den Wahlkampf charakteristische Thatsache hervorgehoben, daß die Rechte von Anfang an einen viel größeren Antheil an dem Ansturm gegen die Republik genommen hat, als vorher geglaubt wurde. Die Sieges-Zuversicht der Republikaner in Verbindung mit der Zersplitterung derselben hat sich nun bitter gerächt. Nicht minder bemerkenswerth sind die Niederlagen, welche drei Mitglieder des Kabinetts Brissot-Freyrinet, der Handelsminister Legrand, der Minister des öffentlichen Unterrichts Goblet und der Ackerbau-Minister Hervé-Mangon erlitten haben, während Jules Ferry im Vögelsen-Departement wiedergewählt worden ist. Auch die Kandidatur Paul Deroulade's machte in Paris vollständig Fiasco. Man wird denn auch kaum bei der Annahme fehlgehen, daß die republikanische Regierung bei der Bevölkerung einigemmaßen in Mißkredit gekommen ist. Der Sturz Jules Ferry's, das Vorgehen Clemenceau's, das wüthsche Gebahren der Radikalen waren wenig geeignet, im Lande Stimmung für die Republik zu machen. Hierzu kommt, daß das Linsenstrutinium, von welchem die Opportunisten ihren eigenen Triumph erhofften, sich als eine zweischneidige Waffe erwiesen hat. Bei den bisherigen Arrondissementswahlen war der republikanische Kandidat, zumeist eine lokale Berühmtheit, darauf angewiesen, die Agitation selbst mit allem Nachdruck zu leiten, die republikanischen Beamten bis zum Feldhüter herab leisteten hierbei eine werthvolle Unterstützung.

Beim Linsenstrutinium gestalten sich dagegen die Verhältnisse wesentlich anders, da hier von einer Centralstelle aus die Kandidaturen aufgestellt und die gesamte Wahlbewegung geleitet werden, auf die Gefahr hin, lokale Einflüsse zu unterschätzen und dadurch einen Gegensatz hervorzurufen, der ernsthafte Gefahren birgt. Den Monarchisten mußte auch zu staten kommen, daß in einzelnen Departements, wie in der Bende, im Bas-de-Calais, im Nord u. s. w., einzelne Arrondissements früher schon für die Monarchisten gewonnen waren, so daß dieser Partei nun beim Linsenstrutinium der Sieg für das ganze Departement um so eher zufiel, als ein Theil der republikanischen Wähler in Folge der im eigenen Lager herrschenden Zersplitterung dem Wahlkampfe fern geblieben zu sein scheint. Andere Wahlkreise galten von Anfang an als sichere Domäne der Mon-

So erhielt dieselben bereits im Jahre 1881 im Departement Morbihan im Ganzen 50,619 Stimmen, währ. nd auf die republikanischen Kandidaten 30,915 und auf die Radikalen 7819 Stimmen fielen. Es kann daher nicht über- raschen, daß daselbst nunmehr sämtliche 8 Man- date den Monarchisten zugefallen sind. Unter den gewählten Abgeordneten befindet sich auch der be- kannte Agitator de Mun.

In einer Anzahl von Departements haben die Monarchisten einen beträchtlichen Stimmen- zuwachs erfahren. So ist gegenwärtig den Mon- archisten das Departement La Manche vollständig zugefallen, in welchem im Jahre 1881 von 65,865 republikanischen Stimmen nur 33,572 monarchistische gegenüberstanden. Auch bei den am 18. Oktober bevorstehenden zahlreichen Stich- wahlen dürfen die Monarchisten noch eine Reihe von Siegen erhoffen. Im Departement Eure sind unter Anderem zwei Stichwahlen erforderlich, dort erhielt gestern der Herzog von Broglie 42,000 Stimmen gegenüber Deville mit 41,000 Stimmen.

Bei der französischen Bevölkerung werden die geistigen Wahlsege der Monarchisten jeden- falls ihren Eindruck nicht verfehlen und die ge- wöhnliche Anziehungskraft auf alle unzufriedenen Elemente ausüben, mögen immerhin Bonapartisten und Orléanisten bereits in nächster Zeit wegen der Theilung der Beute in Streit gerathen. Der Klerikalismus, welchem jedenfalls der hauptsäch- lichste Antheil an dem relativen Erfolge gebührt, wird sicherlich auch in Zukunft in gewissem Sinne das Bindemittel zwischen den beiden Parteien der Rechten bilden, die überdies in einer ganzen Reihe von Fragen auf die Unterstützung der äußersten Linken zählen dürfen, geschähe dies auch nur, um den verhassten Opportunisten Schwierig- keiten zu bereiten oder gar deren endgültigen Sturz herbeizuführen.

In Widlow in Irland hat gestern eine national-irische Konvention behufs der Ernennung von Parlaments-Deputirten für die Grafschaft Widlow stattgefunden, bei welcher Barnell den Vorschlag führte. Es wurden zwei Kandidaten er- nannt und formell verpflichtet, Barnell unbedingt Folge zu leisten und auf ihre Deputirtenstelle zu verzichten, sobald die Barnellitische Partei dies verlangt. Diese Konvention soll als Muster für alle weiteren in Irland stattfindenden Konventio- nen dienen. Barnell hielt hierauf eine Rede, in welcher er sein Vertrauen auf die Zukunft Ir- lands unter einer unabhängigen Regierung aus- sprach und hervorhob, daß die Irländer, wenn man sie nicht befriedige und versöhne, dann, wenn das britische Reich in Gefahr sei, Gelegenheit fin- den würden, sich für die Unterdrückung ihres Lan- des zu rächen.

Mit Unruhe sieht man hier, so schreibt man aus Madrid, auf die rege Thätigkeit des deutschen Ministerpräsidenten Leska in Tanger. Der- selbe hat sofort nach seiner Ankunft in Marokko sehr häufige Konferenzen mit den Ministern des Sultans gehabt und scheint ohne Zeitverlust einen Handelsvertrag und andere Uebereinkünfte abzu- schließen beauftragt zu sein. Die diplomatischen Vertreter der anderen Mächte in Tanger sind über diesen Eifer ihres neuen Kollegen und über den wachsenden Einfluß Deutschlands in Marokko sehr wenig erbaut. In Spanien berührt jedoch haupt- sächlich die Nachricht sehr unangenehm, daß Deutsch- land mit Marokko wegen Abtretung mehrerer Küstenplätze zur Anlage von Kohlenstationen und anderen Niederlagen unterhandelt, und daß sich eine dieser Stationen in der Nähe der algerischen Grenze und der spanischen Besitzungen befin- den soll.

Nachen, 4. Oktober. Durch die von Preu- ßen angenommene Vermittlung des Papstes in der Karolinenfrage ist die ultramontane Presse um eine ihrer beliebtesten Phrasen, die von dem „Ge- fangenen im Vatikan“ gebracht worden. Zwar möge sie ihre Leser noch immer glauben machen, daß in Preußen Gesetze beständen, welche das Le- sen der Messe und die Spendung der Sakramente unter Strafe stellen; das genügt aber nicht, jetzt vor den Wahlen müssen alle Register gezogen wer- den, um jenen Hitzegrad hervorzurufen, der den katholischen Wähler blind an die Urne treibt. Was in dieser Beziehung das hiesige Hauptblatt der Ultramontanen, das „Echo der Gegenwart“, leistet, ist geradezu eines französischen Revanche- schreibers würdig und sei weitem Reizem nicht vorzuenthalten: „Wir Bewohner namentlich der westlichen Provinzen Preußens hatten längst eine reiche Kultur, eine christliche Volkserziehung, ein freies Gemeinleben, eine entwickelte Rechtsverfassung, als jene noch als Halbbarbaren in kriegerischem Mordeleben in Thierfellen herumkriechen oder auf der Bärenhaut lagen, welche heute uns den Fuß des Gewaltherrn auf das Haupt setzen möchten. Erheben wir Rheinfranken und in diesen Wahlen wieder zu energischem Thun, zu glänzender Ab- wehr der Eindringlinge in unser erhabenes kirch- liches Leben, jener nordpreussischen Eindringlinge, die noch heute nicht recht geistig, nicht wahrhaft christlich sind, wie andererseits ihre engeren Lan- desverbände früher aus allerlei müßigen Volksstäm- men zusammengeschweiselt worden sind.“ Das ist eine neue Blüthe des ultramontanen Patriotis- mus. Die bisherigen Disjesanen des Bischofs Kromenp, die doch auch Nordpreußen sind, wird es eigenhümlich berühren, daß ihre Glaubensge- nossen in Weßen sie als ein Gemenge aus aller- lei müßigen Volksstämmen betrachten.

Ausland.
Paris, 5. Oktober. Der unbestrittene Wahl- seg der Monarchisten in einer ganzen Reihe von

Departements hat in den offiziellen und den übrige- republikanischen Kreisen große Aufregung her- vorgerufen. Offiziell werden angeblich erst 133 reaktionäre Wahlen zugestanden, in Wirklich- keit sind aber bereits 180—190 authentisch und leicht erwartet, daß die Ziffer 200 schließlich er- reicht wird. Um die ganze Tragweite dieses Er- eignisses ermessen zu können, muß die Ziffer der radikalen Kommunarabgeordneten betrachtet werden, da sich dann zeigen wird, ob ein Bündniß der Rechten und der äußersten Linken genügen würde, die re- publikanische Regierung in die Minorität zu brin- gen. Von den Ministern, welche als Kandidaten auftreten, kommen die meisten zur Stichwahl, einige sind bereits endgültig unterlegen. In Paris wird immer noch fortgezählt, man hofft aber, morgen früh fertig zu werden. Auch hier haben die Monarchisten in unerwarteter Weise an Stimmen gewonnen, obgleich nicht wahrscheinlich ist, daß sie im zweiten Wahlgange gewählt werden, voraus- gesetzt, daß die Opportunisten und die Radikalen sich dann mit einander vereinigen. Die Boule- vards und die Arbeiterviertel waren während des ganzen Tages stark belebt, und die Aufregung wuchs mit den Nachrichten über die Wahlsiege der Monarchisten. Augenblicklich herrscht auf den Boulevards ungeheures Gedränge, namentlich bei den Klößen der Zeitungsverkäufer. Die meisten Blätter veröffentlichen allmählich Extra-Ausgaben. Mehrere royalistische Blätter haben illuminirt. So waren an der Font des Redaktionslokals des „Gaulois“ die Namen der 175 endgültig zu Ab- geordneten gewählten Konserverativen mit der Ueber- schrift: „Es lebe Frankreich!“ durch Gaslicht be- leuchtet. Dies gab zu starken Ansammlungen des Volkes Anlaß, welches die Marzillasse sang. Auch wurden Revolvergeschosse gegen die Fenster abge- feuert und mit Steinen nach den Fenstern geworfen, bis die Volksmenge von der dort anwesenden Polizei auseinandergetrieben wurde. Die Kandi- datatur Paul Derouledes hat in Paris anscheinend vollständig Mißrat gemacht. Die Stimmen, welche für den „Revanchepolitiker“ abgegeben wurden, werden bis jetzt gar nicht erwähnt.

Paris, 6. Oktober. Die Partier Wahl- Er- gebnisse sind nunmehr aus 346 Sektionen bekannt. Es erhielten Ledoy und Floquet 104,000, De- laforge 85,000, Brisson 82,000. Alain Targé, Barodet und Clemenceau je 78,000, Maret 76,000, Reillon 74,000, Lacour 72,000, Bert 57,000, Rochefort 51,000, die Konserverativen Colla, Hervé je 41,000, Ranc und Spuller je 39,000, Cassagnac 3700 und die Sozialisten Eudé und Ballant je 12,000 Stimmen. Vor- ausichtlich werden von den Kandidaten von Pa- ris etwa 10 definitiv gewählt sein, betreffs der 28 übrigen Pariser Deputirten wird eine Stich- wahl stattfinden müssen. In dem Departement der Rhone, wo die Radikalen die meisten Stimmen erhielten, haben Stichwahlen stattgefunden.

Paris, 6. Oktober. Die Wahlergebnisse aus den Departements Seine und Haute Loire fehlen noch. Die Konserverativen haben 103 Sitze gewonnen. So daß ihre Anzahl sich nach den Stich- wahlen auf 200 belaufen wird. Unzweifelhaft haben 18 früher republikanische Departements aus- schließlich monarchisch gewählt. In zahlreichen Departements wird der Ausfall der Stichwahlen von den Monarchisten abhängen, wodurch die Aussichten der Radikalen erhöht worden. Abge- sehen von dem Krawall vor der Redaktion des „Gaulois“ herrschte gestern Abend in Paris die größte Ruhe.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. Oktober. Der Stettiner Lloyd- dampfer „Martha“ ging gestern Vormittag mit Ladung und 139 Passagieren nach Newyork ab. Derselbe läuft Gothenburg an, um noch Passa- giere und Ladung aufzunehmen.

Am Montag Vormittag fiel der 9 Jahre alte Sohn Diego des Schiffskapitäns Bood bei der Unterwelt in die Oer und ertrank.

Sch w u r g e r i c h t. — Sitzung vom 6. Oktober. — Anklage wider den Dienstmann Karl H a k e r von hier wegen wissentlichen Mein- eides.

Am 7. August v. J. war Haker von dem Dienstmann Lieh gemißhandelt worden und hatte deshalb gegen L. Strafantrag gestellt. Es war auch eine Verurtheilung des L. erfolgt, Haker war damit jedoch nicht allzu zufrieden, sondern klagte gegen L. noch wegen Entschädigung von Entschädigungsgeldern, indem er behauptete, daß er in Folge der Mißhandlung 6 Tage arbeitsunfähig gewesen sei, resp. nur leichte Gänge hätte besor- gen können. In diese Vorlesung wurde dem Kläger ein Eid normirt, daß er innerhalb der 6 Tage nach der Mißhandlung nur im Stande war, Briefe abzutragen und bei einem Unzug die Lei- tung zu übernehmen. Diesen Eid leistete Haker auch am 22. Januar d. J. vor dem hiesigen Amtsgericht. Die Anklage behauptet nun, der Eid sei wissentlich falsch geleistet, da Haker wäh- rend der in Frage stehenden 6 Tage schwere Kos- ten zur Bahn und auch bei dem erwähnten Un- zug schwere Gegenstände getragen habe. Bei sel- ner heutigen Vernehmung bekennt sich Haker, wel- cher sich bisher auf freiem Fuße befand, für nicht- schuldig. Die Beweisaufnahme fiel auch im Gan- zen wenig belastend aus und überzeugte die Ge- richtsversammlung nicht von der Schuld des Angeklagten. Demgemäß erfolgte Freisprechung.

L a n d g e r i c h t. S t r a f f a m m e r 1. Sitzung vom 6. Oktober. — Am 1. November v. J. stand auf dem hiesigen Gänsemarkt der Handelsmann Karl Fr. Cordes und dessen Ehefrau Louise, geb. Selchow, aus Alt-Damm mit

Gänsen aus. U. A. wurden auch von zwei Be- sibern aus der Umgegend je 2 Gänse gekauft, dieselben hatten jedoch mit diesem Sonntagsbraten kein Glück, denn bei der Nachhausekunft stellte sich heraus, daß drei der Gänse im Innern bereits vollständig in Fäulniß übergegangen und in jeder Weise ekelhaft waren. Dieselben entwickelten einen pestilenzialischen Gestank und es war ersichtlich, daß das Fleisch zum Genuß für Menschen nicht tauglich. Gegen die Verkäufer der Gänse, das Cordes'sche Ehepaar, wurde Anklage wegen Ueber- tretung des § 12, II., des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 erhoben und waren dieselben heute deshalb angeklagt. Obwohl sie bestritten, daß die Gänse von ihnen gekauft seien, wurden sie durch die Beweisaufnahme für überführt er- ochtet, der Gerichtshof nahm auch an, daß ihnen der Zustand der Gänse bekannt war, da bereits von der im Innern derselben eingetretenen Fäul- niß äußere Merkmale, wie grün-gelbe Flecke, vor- handen waren. Die Angeklagten wurden zu je 3 Tagen Gefängniß verurtheilt, auch auf Publikation erkannt.

Nach einem Spezialerlaß des Ministers des Innern und des Finanz-Ministers vom 24. Mai d. J. ist die Remuneration, welche ein pen- sionirter Beamter als Standesbeamter empfängt, als Dienstlohn im Sinne der Vorschrift unter § 27 Nr. 2 des Civil-Pensions-Gesetzes vom 27. März 1872 anzusehen und bei der Feststel- lung des Einkommens anzurechnen.

Dem Baurath U r t z zu Rötlin, bis- her zu Stettin ist der Rote Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Das köpliche militärische Lustspiel „Krieg im Frieden“ mit seinen hochkomischen Situationen gelangt morgen, Donnerstag, zur Aufführung und haben Dudenbills ohne Aufzählung Gültigkeit. Fr. H r a b o w s k a, eine jugendliche Liebhaberin von bedeutendem Rufe, wird als Zila debütiren. Am Freitag ist Halcy's große Oper „Die Jä- din“ auf dem Repertoire.

Kunst und Literatur.
Theater für heute. Stadttheater: „Der Freischütz.“ Oper in 4 Akten.

Aus den Provinzen.
3. Bitow, 5. Oktober. Der Kaufmann Marius Caspar hat den Konkurs ange- meldet und ist zum Konkursverwalter Herr Justiz- rath B r o s t e r n e r n a n n t. Der Gerichts- Assessor G r o s s e aus Berlin ist zum Amtsrath an das Amtsgericht Bitow ernannt. Am Sonnabend, den 3. d. Mts., brach gegen Morgen in dem Schaffell des Rittergutsbesizers Herrn Heyer zu Roddow Feuer aus, welches dieselben sowie das an- grenzende Speichergebäude total in Asche legte. Auf welche Weise das Feuer entstand, hat bis- jetzt noch nicht aufgeklärt werden können. Ver- brannt sind zwei Schweine und zwei Schafe. Das übrige Vieh ist gerettet worden. Das im Spei- chergebäude aufbewahrt liegende Getreide ist sämt- lich verbrannt. Versichert sind die Gebäude bei- der altpreussischen Landwehr-Sozialisten. Bei der gestern stattgehabten Generalversammlung des hiesigen patriotischen Kreisvereins wurde wie- derum zum Vorsitzenden Herr Fabilitzsch E s c h a r- mann, als dessen Stellvertreter Herr Brauer- becker Herr gewählt. An Stelle des bisherigen verstorbenen Kommandeurs Herrn Gerichtsvollzieher Stollmann, wurde in Anbetracht der langjährigen Dienste im Verein und als Ritter des eiserne- n Kreuzes Herr Franz Thurom gewählt. Als Vor- standsmitglieder wurden die Herren Maesler, Mundt und Thomas, zum Schriftführer Herr G r o t h, zum Stellvertreter Herr Noose, zum Kassier Herr Horn jun. gewählt. Die bisherigen Offiziere Herr Haase, Marg, Ufermann und Schmidtke wurden als solche wiedergewählt. Der bisherige Feldwebel Herr Bludnik, sowie der Fahnenführer Herr Fuhrmann wurden ebenfalls wiedergewählt.

Bermischte Nachrichten.

Die Nachricht der „Frankf. Ztg.“, daß in Erdmannsdorf 400 böhmischen Webern Aus- weisungsbefehl sofort zugegangen sei, wird uns als unrichtig bezeichnet. In Erdmannsdorf arbeiten überhaupt nur 69 Böhmen und ist dort von einem Ausweisungsbefehl auch nicht das Geringste be- kannt.

(Ein dreifaches Hoch den waderen Frauen von Rulm!) Ein dortiger Geschäftsmann hatte, wie die „Rulm. Ztg.“ berichtet, von einem aus- wärtigen Geschäftshause ein großes Paket mit Krinolinen erhalten; als er dieselben nun an sei- nem Schaufenster angebracht hatte, erschienen so- fort mehrere vornehme Damen in dem Laden und haben den Geschäftsmann, die widerlichen und ab- schaulichen „Krinolinen“ zu entfernen, da hier doch keine anständige, deutsch konfende und fäh- lende Dame diese jämmerliche aller jetzigen fran- zösischen Moden nachahmen würde. Daran sind in Wirklichkeit die „Krinolinen“ von dem Geschäftsmann auch sofort entfernt und dem Her- steller mit dem Bemerken zurückgeschickt, daß dafür in Rulm keine Verwendung sei.

(Papste als Vermittler.) Es dürfte ge- genwärtig, da Papst Leo XIII. über Ersuchen als Vermittler zwischen Spanien und Deutschland in der Karolinen-Frage auftritt, interessant, zu er- fahren, wann eine ähnliche Thätigkeit die Päpste in Anspruch genommen hat. Zunächst ist bekannt, daß in dem Streit zwischen Philipp dem Schönen von Frankreich und Eduard I. von England we- gen des Matrosenkampfes in der Gascogne, wel-

cher zur Seeschlacht bei St. Mathé (14. April 1292) geführt hatte, der Papst die päpstlichen Stuhl als Schiedsrichter mit den Worten vorge- schlagen hat: „weil es ja dessen Sache sei, die Streitigkeiten der Fürsten zu vermitteln“. Auch Eduard III. von England hat Gregor XI., zwis- schen ihm und Karl V. von Frankreich den Frie- den herbeizuführen; und der hart bebrängte Karl VII. wendete sich an Papst Martin V., da- mit er den mächtigen Herzog von Burgund mit ihm ausöhne. In folgenden Fällen seien die Päpste dann aus eigenem Antrieb als Friedens- stifter aufgetreten: Als Ludwig der Fromme 833 von seinen Söhnen in offener Empörung über- fallen wurde und ein allgemeines Blutvergießen auszubrechen drohte, eilte Gregor IV. selbst über die Alpen, um den Frieden zu vermitteln und die Zer- splitterung des Reiches zu verhüten; im 11. Jahr- hundert mußte der berühmte heilige Abt Hugo von Cluny es übernehmen zwischen Kaiser Hein- rich III. und dem König Andreas von Ungarn den Frieden herzustellen; Bonifaz VIII. vermittelte zwi- schen dem König von Aragon mit Karl II. von Sizilien, Johann XXII. Spanier und Portugiesen mit einander; als der von Benedikt XII. nach Spa- nien gesandte Bischof von Rodas die verschiedenen Könige der Halbinsel mit einander ausgeglichen hatte, sendeten ihm diese nach dem glänzenden Siege über die Mauren 1340 vom Schlachtfeld aus Briefe voll glühender Dankbarkeit; es un- da tharen, ränkevollen Philipp VI. nahm der mit- leidi e Clemens VI. sich an und ermittelte seinem erschöpften Lande einen Waffenstillstand mit Eng- land; die Kaiser Karl IV. wie Friedrich III. ver- dankten der Intervention der Päpste die Beilegung unliebsamer Streitigkeiten.

(Im Gehirnschmerzviertel von Berlin.) Malergeselle August: Karlne, liebst mir denn immer noch? Karlne: Na, nu, nee! Ich wer- mic doch nicht geniren, August! August: Karl- neken! Nächst meiner Phantastel! Denn komme ich gleich rufft un präpale mir bei Dir satt!

(abklärung.) Herr: Sie bezeichnen Ihre Taschentücher mit den Buchstaben M. A. und hei- ßen doch Emma Linde. Wozu haben Sie fremde Buchstaben gewählt? Fräulein: Was fällt Ihnen ein! Fremde Buchstaben? Ich habe meine ga- ze Wäsche mit meinem vollen Taufnamen M. A. (Emma) abgekürzt bezeichnet.

(Ungeheuer.) Ballschöne: Liebeserklä- rung haben wir heute schon Drei gemacht. Soll ich ihnen vielleicht jetzt einen Heirathsantrag machen, Mutter?

Verantwortlicher Redakteur: W. Stevers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Neustrelitz, 6. Oktober. Die Großherzogin, der Erbprinz und die Erbprinzessin ver- lassen heute Nachmittag Neustrelitz, um über Köln und Paris nach Besuche der Herzogin von Cam- bridge nach London zu reisen. In Paris treffen dieselben mit dem Großherzog zusammen, der von Brüssel kommt und sich gleichfalls nach England begibt.

Baden Baden, 5. Oktober. Der Kaiser nahm heute Vormittag Vorträge entgegen, machte Nachmittags eine Spazierfahrt und diente um 5 1/2 Uhr mit der Kaiserin bei der Herzogin von Hamilton. Nach dem Diner besuchte der Kaiser mit den großherzoglichen Herrschaften die Borsel- lung im Salontheater des Konversationshauses.

Paris, 6. Oktober. Dem Bernehmen nach soll die neue Kammer zu Vornahme der Wahl- prüfungen Mitte November einberufen werden.

Paris, 6. Oktober. Der „Gaulois“ hatte gestern Abend die Front seines Redaktionslokals illuminirt und die Namen der 175 zu Deputirten gewählten Konserverativen mit der Ueberchrift: „Es lebe Frankreich!“ durch Gaslicht beleuchtet. Es führte ras zu starken Volksansammlungen und lärmenden Kundgebungen, so daß Steine nach den Fenstern des Hauses geworfen, auch einige Revol- vergeschosse gegen die Fenster abgefeuert wurden. Die versammelte Menge wurde hierauf durch die Polizei zerstreut.

Petersburg, 6. Oktober. In Charkow brach gestern Abend eine Feuersbrunst in den sogenann- ten Sudbalschen Kaufhallen aus. Nach hier vor- liegenden Nachrichten sollen 13 Magazine nieder- gebrannt, die Waaren jedoch theilweise gerettet sein. Der Schaden wird auf mehrere hunderttau- send Rubel geschätzt.

Sofia, 5. Oktober. (Telegramm der „Agence Havas“.) Die Garnison von Widbin ist hier eingetroffen und nach Kämpfen weiterbefördert worden. Gegenüber anderweitigen Behauptungen, daß die bulgarischen Truppen demoralisiert wären, muß die Disziplin derselben als musterhaft bezeich- net, und hervorgehoben werden, daß in der Armee volles Vertrauen herrscht. Die Ruhe an der bul- garischen Grenze ist gesichert. Serbische geheime Agenten suchen von den serbischen Grenzbeamten unterstützt, die bulgarische Bevölkerung zu Gunsten Serbiens aufzuregen. Es sind jedoch strenge Maß- regeln ergriffen worden, um diese Aufregungen zu verhindern.

Konstantinopel, 5. Oktober. Halib Khalil Bey, gegenwärtig türkischer Gesandter in Belgrad, ist zum Gesandten in Teheran, Zia Bey zum Ge- sandten in Belgrad ernannt worden.

Konstantinopel, 6. Oktober. Die Bot- schafter haben dem Bernehmen nach in dem ver- einbarten den Mächten vorliegenden Memorandum die Haltung bezeichnet, die d. r. Pforte und Bulgarien gegenüber behufs Vermeidung eines Konflikts seitens der Mächte anzunehmen wäre, ohne daß sie einen Lösungsvorschlag unterbreitet hätten.